

Das **tz**-Wochenendthema

Wahljahr 2013

Ab jetzt ist Schluss mit Kuschelpolitik zwischen Regierungsparteien und Opposition! Schon drei Wochen nach Beginn des neuen Jahres gibt es in Niedersachsen Landtagswahlen – und danach geht der Dauerwahlkampf 2013 erst richtig los: Im September geht es bei der Bundestagswahl und der Bayerischen Landtagswahl für Union, SPD, FDP, Grüne, Linke und Piraten um alles oder nichts. Und am Ende des Jahres stimmen dann auch noch die Hessen über ihr neues Landesparlament ab. Fürs *tz*-Wochenendthema redet Kardinal Reinhard Marx unseren Politikern ins Gewissen, auf eine Schlammschlacht zu verzichten. Dazu beleuchtet die *tz* an zehn Punkten, was Angela Merkel, Peer Steinbrück, Horst Seehofer und Co. im neuen Jahr erwartet.

Mit Respekt und zur Sache, bitte!

Das neue Jahr 2013 wird ein Jahr der politischen Entscheidungen. Deutschland wählt den Bundestag, Bayern einen neuen Landtag. Im Lehrbuch geht das so: Der Bürger soll sich für die Partei entscheiden, die aus seiner Sicht die besten Ideen für eine gute Zukunft hat. Die unterschiedlichen Inhalte werden im öffentlichen Widerstreit der Meinungen diskutiert – und der Wähler macht sich daraus ein Bild, das ihm eine Entscheidungsfindung ermöglicht. So weit die Theorie.

In der Praxis sieht das leider zuweilen anders aus. Seit Jahren wird zu Recht ein Niedergang der politischen Debattenkultur beklagt. Schon am Ende des Wahljahrs 2002 kritisierte der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, dass „Beschimpfungssuperlative, Vorwurfsorgien und Beschuldigungsexzesse“ die Politiker und die Politik insgesamt beschädigten und dass die „aufgeheizte Atmosphäre“ nicht dazu beitrage, dass man inhaltlichen Lösungen nahekomme.

Und heute? Blicken wir in das abgelaufene Jahr, so ist keine Besserung festzustellen. Im Gegenteil. Die wichtige Frage der

Förderung von Frauen wird zum Schlagabtausch um die Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten, in der medialen Berichterstattung wird die Diskussion darüber als persönliche Profilierungssuche der CDU-Bundesministerinnen Schröder und von der Leyen dargestellt. Was für eine falsche Vereinfachung! Auch die Diskussion um das Betreuungsgeld war in weiten Teilen unsachlich und unangemessen. Zudem greift die Verunglimpfung des politischen Gegenübers und Mitbewerbers weiter um sich. Ich will die entsprechenden Vokabeln hier nicht wiederholen.

Der Respekt voreinander bleibt dabei auf der Strecke. Das ist Gift für die politische Kultur. Denn die gegenseitige Achtung, trotz aller Gegensätzlichkeit in der Sache, ist die Grundbedingung jeder demokratischen Auseinandersetzung. Demokratie lebt vom Respekt, aber auch

Der Standpunkt



Reinhard
Marx

Kardinal und Erzbischof von München und Freising, Mitglied der Ethikkommission für sichere Energieversorgung

von Nachdenklichkeit, Zwischentönen und Differenzierung. Die kritische Frage müsste sein: Wie kann man miteinander Ziele erreichen? Was dient wirklich dem Gemeinwohl? Tragfähige Lösungen ergeben sich erst aus Diskussionen, die an der Sache orientiert geführt werden. Das gilt heute mehr denn je: Die Welt ist komplexer und unübersichtlicher geworden. Man denke nur an die Finanz- und Schuldenkrise Europas. Wer

versteht wirklich, wie die Rettungsschirme und Schuldenbremsen funktionieren? Vereinfachungen und Populismen, Alarmismus, Skandalisierung und Personalisierungen sind nicht hilfreich. Sie sind aber überall zu beobachten. Natürlich spielt dabei auch die Konkurrenz der Medien um die beste Schlagzeile eine große Rolle, wie etwa der Fall des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff zeigt.

Auch das Internet trägt – trotz all seiner Vorteile – nicht zu einem höheren Niveau bei. Nein, dort schimpft es sich besonders ungehört. Unter dem Schutzmantel der Anonymität wird in Blogs und Foren übereinander und über Dritte geschimpft, was das Zeug hält. Zudem erhöhen die neuen Medien noch einmal die Schlagzahl. Der Takt der politischen Diskussionen bemisst sich jetzt nicht mehr in Tagen oder Wochen, sondern in Minuten oder Stunden. Aus Informationssplittern und Kurzatmigkeit entsteht aber kaum eine langfristige Position zum Wohl aller. Angesichts dieser Beschleunigung fällt mir ein Satz von Max Weber ein: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Leidenschaft und Augenmaß brauchen nicht nur Politik und Medien, sondern auch wir als Kirche. Mein Wunsch für das neue Jahr ist deshalb: zurück zu den Sachthemen und zum respektvollen Miteinander!

Das **tz**-Kolumnistenteam

Bertram Brossardt, Alois Glück, Ulrike Mascher, Fritz Schösser, Renate Schmidt, Hans Well sowie wechselnde Gast-Kommentatoren.